

Die schöpferischen Ideen der liberalen Partei.

Die „Oderzeitung“ bringt in No. 41 einen Artikel über Vorschussvereine, in dem sie aus diesen Vereinen den Beweis führen will, daß allein die liberale Partei die Fähigkeit besitze zu regieren. Soll nämlich das Wort regierungsfähig, sagt sie, „mit dem Worte „schöpferisch“ gleichbedeutend sein, und so gehörte es sich, dann ist es die sogenannte konservative Partei, welche keinen Funken von Regierungsfähigkeit besitzt und die liberale ist im Gegentheil die im hohen Grade berufene; denn allemal wenn ein Ministerium sich aufbauend und schöpferisch bewies, so war es entweder ein liberales oder es entnahm doch die Prinzipien seiner Reformen, seiner inneren und äußeren Politik dem reichen Arsenal der liberalen Ideen.“

Und dies schreibt das genannte Blatt in einem Staate, der nun seit Jahren unter einem konservativen Ministerium gelebt und unter dieser Regierung die glänzendsten Erfolge errungen hat. Hat denn der Herr Redakteur jenes Blattes die ganze Zeit Augen und Ohren zugemacht, daß er von den großen Thaten der letzten Jahre nichts gesehen und gehört hat, oder hat er in höheren Träumen gelebt, etwa in den Staaten des Prinzen von Tarent geschwärmt, daß er darüber die Gegenwart ganz vergessen hat?

Hätte die „Oderzeitung“ ihre Augen aufgehalten, so würde sie wissen, daß alle neuen Schöpfungen Preußens von konservativen, oder mindestens von allliberalen Männern ausgegangen sind, und daß gerade die entschiedenen liberale Partei, welcher sie angehört, gar nichts von Schöpfungen auszuweisen hat, es möchte denn sein, daß sie die Phrasen ihres eigenen Blattes für schöpferische Thaten hielte, auf welche ihre Partei stolz sein könnte. Oder zählt die „Oderzeitung“ den alten Fritz mit seinem Rechtsgelehrten Suarez, welchen wir das Allgemeine Landrecht verdanken, zu den Demokraten; weiß sie nicht, daß der Freiherr v. Stein und der Kanzler v. Hardenberg zu den liberal-konservativen Männern zählen, welche noch einen Strich weiter nach rechts standen als der jetzige Freiherr v. Vincke-Hagen und der Graf v. Bismarck. Die Verfassung, welche wir besitzen, ist vom Frhrn. v. Manteuffel und dem Grafen Westphalen ertroyirt, die Militär-Reorganisation, die deutsche Politik, welche uns zum Siege geführt hat, sie ist vom Grafen Bismarck wider den Willen der Demokratie durchgesetzt; rechnet die „Oderzeitung“ auch diese Männer zu den Demokraten?

Aber der Graf v. Bismarck soll ja nach der „Oderzeitung“ seine schöpferischen Ideen der demokratischen Partei entlehnt haben. Und das versichert die „Oderzeitung“ ganz ernsthaft, gleich als ob sie selbst diese Dichtung glaubte, oder als ob sie ihren Lesern derlei Märchen alles Ernstes aufbinden könnte. Graf v. Bismarck hat uns mit seiner schöpferischen Kraft aus dem Zustande der Ohnmacht, in dem Preußen sich zur Zeit der Ulmiger Konvention befand, zu einer Höhe emporgehoben, daß alle Zeitgenossen staunend vor diesem Schauspiel dastehen. Er hat dies gethan trotz aller Zetergeschreie der „Oderzeitung“ und ihrer Parteigenossen durch energische Durchführung der Militärreorganisation; er hat es gethan dadurch, daß er sich trotz aller Schmähens der Demokratie durch die Verweigerungen des Militär-Budgets nicht irre machen ließ. Er hat es gethan, indem er eine Politik verfolgte, die den Krieg mit Oesterreich zur Folge hatte und haben mußte, und hat den Krieg begonnen, obwohl die „Oderzeitung“ und ihre Genossen wiederholt um Frieden fleheten und lieber Schmach und Schande erdulden wollten, als für Preußens Größe und Ehre den hingeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen.

Und allen diesen offenkundigen Thaten gegenüber behauptet die „Oderzeitung“ jetzt, der Graf v. Bismarck sei nur regierungsfähig, weil er sich von der Demokratie die schöpferischen Ideen erborgt habe? Kann es eine größere Verblendung, eine ärgere Selbsttäuschung geben? Der Herr Redakteur der „Oderzeitung“ scheint zu glauben, daß der Graf v. Bismarck alle seine Ideen nur von ihm aus der „Oderzeitung“ entlehnt habe, kurz daß der Redakteur der „Oderzeitung“ eigentlich der große Geist gewesen sei, dem wir Preußens Größe und Siege verdanken, der Graf v. Bismarck aber nur der Kluge, der sie von jenem großen Geiste geborgt habe. Nun wir wollen das geehrte Blatt in diesem Glauben nicht stören; mag es denselben zur Erbauung seiner Leser immerhin behalten.

Der Artikel der „Oderzeitung“ verweist uns nach dieser höchst überraschenden Einleitung an die Vorschussvereine, die sollen es bewiesen haben, daß alle schöpferischen Ideen von der demokratischen Partei ausgehen und soll es nur Mißgunst sein, wenn die konservativen Blätter das Prinzip jener Vereine angreifen. Da die „Oderzeitung“ mit diesen Bemerkungen direkt auf uns schießt, da wir jene Vereine angegriffen haben, so erlauben wir uns noch ein Wort über diese Vereine. Wir haben denselben vorgeworfen, daß sie ein Institut sind zum Wechselreiten. Daß die Mitglieder der Vorschussvereine sich gegenseitig Gefälligkeitsunterschriften geben und auf einander Wechsel ziehen, ist eine bekannte Thatsache, daß also jene Vereine auf das Prinzip des Wechselreitens gegründet sind, ist nicht zu leugnen. Hält nun die „Oderzeitung“ dies Prinzip für eine der schöpferischen Ideen der Demokratie, auf welche sie ihre Hoffnungen gründet? Wir unsererseits halten das Prinzip für ebenso verwerflich als gefährlich. Das eine Mitglied giebt dem zweiten und dritten

seine Unterschrift, und empfängt dafür die entsprechenden Unterschriften dieser Herren, das ist soweit harmlos; aber nun kommt die Zeit der Fälligkeit, dieser oder jener Freund kann nicht bezahlen, das Mitglied muß für seine Unterschrift aufkommen und den Wechsel berichtigen. Gar manches Mitglied der Vorschussvereine kann hiervon ein Liedchen singen. Oder übertreiben wir, oder sollen wir der „Oderzeitung“ Beweise vorführen, daß vergleichen vorgekommen? Die Redaktion darf nur die Güte haben, sich in ihrer nächsten Nähe zu erkundigen und sie wird Thatsachen erfahren, welche ihr vollauf genügen werden. Wir können auch in diesem Prinzipie demnach keine schöpferische Idee der Demokratie erblicken und bitten die „Oderzeitung“ und andere bessere Beweise von der schöpferischen Kraft der Demokratie vorzuführen, wenn wir daran glauben sollen.

Deutschland.

Berlin, 25. Januar. Se. Majestät der König befanden sich nach einer guten Nacht besser, bedurften aber noch der Ruhe, und empfingen deshalb erst Nachmittags zu kurzen Vorträgen den Minister-Präsidenten und den Wirklichen Geheimen Rath von Savigny.

— Das Marine-Ministerium hat den Verkauf des alten Laboratoriums auf dem Dänholm bei Stralsund auf Abbruch angeordnet.

Berlin, 25. Januar. Der „Soldatenfreund“ schreibt: Als die Sache mit der allgemeinen Wehrpflicht ernstlich in Preußen eingeführt wurde, da gab es auch trotz der großen Siegesfreude über 1813, 1814 und 1815, und trotz der Vielen, welche als Freiwillige oder als Landwehr in der Armee gedient, in Preußen mancherlei Unzufriedenheit und sogar Widerwilligkeit, weil den Leuten damals die ganze Sache eben so ungewohnt und auch un bequem war, als sie es jetzt den Leuten in den neuen Provinzen ist. Besonders auffällig waren diejenigen Städte, welche früher Kantonsfreiheit gehabt hatten. Bekannt ist, daß es deshalb in Breslau sogar zu einem Aufruhr kam. Weniger bekannt ist, daß auch die Stadtverordneten von Berlin sich im Jahre 1816 an den König wandten, um für die Einwohner der Residenz auch ihre Kantonsfreiheit, d. h. Befreiung vom Militärdienste, zu erlangen. Der Bescheid lautete natürlich abschlägig; aber die Väter der Stadt ließen sich nicht abschrecken, sondern reichten eine zweite Vorstellung ein, welcher sogar ein juristisches Gutachten hinzugefügt war, in welchem die Freiheit vom Dienste in der Armee als ein unabweisbares und wohl begründetes Recht dargestellt wurde. Damit kamen die Berliner Stadtverordneten dem König Friedrich Wilhelm III. aber gerade recht, und nun erhielten sie die folgende, wenig bekannt gewordene Kabinettsordre, nach welcher sie dann alle weitere Korrespondenz mit dem Staatsoberhaupt aufgaben. Sie lautet:

Mit gerechtem Unwillen habe ich einen wiederholten Antrag der Stadtverordneten von Berlin auf die Befreiung der Verpflichtung zum Kriegsdienste erhalten. Es kann Mich nur schmerzlich befremden, in der durch so viele Verhältnisse vor allen anderen begünstigten Hauptstadt Meines Landes Einwohner zu finden, die sich von einem für alle Staatsbürger gleichen Befehl loslagern, und die Erfüllung einer heiligen Pflicht mit egoistischem Sinne auf ihre übrigen Mitbürger wälzen wollen. Nur in einer gleichen und willigen Erfüllung der zur Erhaltung des Reiches nöthigen Gesetze, nicht in ihrer eigenmächtigen Deutung oder in beliebigen Ansichten, kann Ich wahrhafte Beweise treuer Anhänglichkeit finden. Ich gebe daher Meinem Staats-Ministerium den Auftrag, allen denen, die den gedachten Antrag wiederholten, Meine höchste Ungnade zu erkennen zu geben, und halte Ich die wohlverdiente ernsthafte Abänderung dieser sträflich erneuerten Vorstellung bloß deshalb zurück, weil Ich Mich nicht von der Hoffnung trennen mag, daß nur in einem kleinen, vielleicht noch dazu irreführenden Kreise, nicht aber unter allen Einwohnern solche egoistische und unbesonnene Vorstellungen sich bilden konnten. Sämmtlichen Behörden mache Ich es zur Pflicht, alle nöthigen Maßregeln zu ergreifen, damit nicht solche unwürdige Gesinnungen sich weiter verbreiten, und sind mir nöthigenfalls die Urheber derartiger Veranlassungen anzuzeigen, damit diese außer ihrer Bestrafung auch noch als traurige Ausnahme von den guten Gesinnungen Meines Volkes öffentlich bekannt gemacht werden können, da Ich es nie zugeben werde, daß die von Mir wohlwollend verliehenen Verfassungen zur Zersplitterung der Kräfte des Staates und zur Befriedigung unpatristischer Gesinnungen gemißbraucht würden.

Berlin den 2. Januar 1817.

Friedrich Wilhelm.

Wenn jetzt Mancher so böse darüber ist, daß einige unserer neuen Mitbürger in den neuen Provinzen ihre Vorteile noch nicht einsehen wollen, so soll er sich nur ein Beispiel nehmen, wie es früher in unserem eigenen Lande damit gewesen ist, kann sich aber auch den Trost und die Gewißheit daraus entnehmen, daß alles Sperren und Zieren nichts hilft und daß, wie es bei uns jetzt der Stolz jedes Preußen ist, dem Vaterlande selbst als Soldat dienen zu können, es auch der Stolz der neuen Mitbürger werden wird, wenn es vor der Hand auch noch ihr Aerger ist. So etwas giebt sich.

— Nach der „D. N. Z.“ fordern Emiffare der serbischen Regierung die auf deutschen Hochschulen und sonstigen Lehranstalten befindlichen jungen Serben zur schleunigen Rückkehr in ihr Vaterland auf, weil dasselbe in allernächster Zeit aller rüstigen Jünglinge und Männer dringend benötigt sein werde. Mehrere solcher jungen Männer sind unter sofortigem Abbruche ihres Studienkurses abgereist.

— Durch ein von dem königlichen Gesandten in China ein-

gerechtes Dekret vom 5. Oktober v. J. hat der Oberbefehlshaber der Kaiserlich französischen Flotten-Escadre in den chinesischen Gewässern in Folge ausgebrochener Feindseligkeiten den Fluß Seoul in Korea und dessen sämtliche Mündungen in Blockadezustand erklärt.

— Unter den vielfachen Beweisen patriotischer Opferwilligkeit, zu denen die Heldenthaten unserer Armee Anlaß gegeben, verdient auch einer Stistung Erwähnung zu geschehen, welche neuerdings der Domprobst Freiherr v. Mannsbach zu Raumburg a. S. zum Besten der Invaliden des 1. Garde-Regiments z. F., resp. der Wittwen und Waisen der für König und Vaterland Gebliebenen dieses ausgezeichneten Regiments — des ersten im Krieg und Frieden — im Betrage von Ein Tausend Thalern gegründet hat.

Berlin, 25. Januar. (Abgeordnetenhaus) 57. Sitzung. Eröffnung der Sitzung um 10¼ Uhr. Präsident: v. Forckenbeck. — Am Ministerische: Graf Bismarck und mehrere Regierungs-Kommissarien, später Febr. v. d. Heydt.

Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung ein. Der erste Gegenstand derselben ist die Verlesung der bereits mitgetheilten Interpellation des Abg. v. Waligorski, betr. die Regulirung des Grenzverkehrs und Abstellung der Verkehrsbehindernissen an der russisch-polnischen Grenze. — Der Ministerpräsident Hr. Bismarck erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit und Abg. v. Waligorski erhält zur Begründung derselben das Wort. (In der Diplomatologie erschienen mehrere Mitglieder der russischen Gesandtschaft.)

Abg. v. Waligorski giebt zuerst eine detaillierte Darstellung der einzelnen, seiner Interpellation bereits als Motive beigefügten Thatsachen. Er hebt hervor, daß die Klagen über das russische Prohibitiv-System nicht neu seien, daß sie vielmehr vom Tage des Vertrags-Abschlusses mit Rußland im Jahre 1814 datiren und daß das Haus somit die Opportunität seiner Interpellation anerkennen werde. Er erörtert besonders ausführlich die noch zur Erhebung gelangende Judensteuer, so wie die in neuerer Zeit häufig vorgekommenen widerrechtlichen Verhaftungen und Abführungen in russische Gefängnisse preussischer, mit legalen Pässen versehener Unterthanen.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Wenn es die Absicht des Interpellanten gewesen ist, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine Verlegenheit zu bereiten, so ist diese Absicht vollständig vereitelt. Es ist dem auswärtigen Minister nicht möglich, sich hier zum öffentlichen Ankläger einer befreundeten benachbarten Regierung zu machen. Es widerspricht dies den völlerrechtlichen Traditionen. Der Weg, der hier einzuschlagen wäre, ist der der diplomatischen Korrespondenz, nicht der der öffentlichen Deklamation. Ich möchte nicht durch Entwicklung der Genese der jetzigen Lage hier bei den Diskussionen Argumente an die Hand liefern, welche wir bisher zurückgehalten haben. Es ist also schwierig, sich über diese Frage auszusprechen. Der Interpellant hat ein schätzbares Material zusammengestellt, von dem die höheren russischen Behörden gern Kenntniß nehmen werden. Nur hätte er sich früher fassen können und von Verdächtigungen freihalten sollen, welche zu meinem Bedauern nur dazu beitragen, das Gewicht der Interpellation auf dem handelspolitischen Gebiete zu verringern. Von politischen Antipathien fern gehalten hat. Daß die angelegten Verhältnisse keine normalen sind, beweisen die fortwährenden Verhandlungen der preussischen mit der russischen Regierung, und sie ergeben auch, daß die königliche Regierung keine Mühe spart, um die notwendigen Verbesserungen herbeizuführen. Wenn die Lage noch immer sehr entfernt davon ist, eine befriedigende zu sein, so geht doch die Behauptung des Interpellanten, daß hier eine Verletzung von Verträgen vorliege, zu weit. Es wäre mir erwünscht, wenn er spezielle Fälle vorgelegt hätte, die eine solche Verletzung nachweisen und die königliche Regierung würde alle notwendigen Schritte zur Aufrechterhaltung der Verträge thun. Eine Verletzung völlerrechtlicher Verträge existirt nicht, und einzuweisen wird der Herr Interpellant wohl in der Lage sein, abzuwarten, bis die Anforderungen der Neuzeit Rußland nöthigen, die Interessen unserer Grenzen zu berücksichtigen. Bis dahin können wir uns nur mit dem traurigen Bewußtsein begnügen, daß Rußland mehr unter der Absperrung leidet, als wir selbst. (Der Ministerpräsident geht hierauf speziell auf die vom Interpellanten angeführten Thatsachen ein.) Was die sogenannte Judensteuer anlangt, so können wir nicht helfen; sie beruht auf einem Akte der Gesetzgebung. Es giebt in dieser Beziehung nur einen Weg, und zwar den der Repressalien. (Heiterkeit.) Ein anderer Weg ist mir nicht bekannt. Was die Verhaftungen anbelangt, so haben wir, sobald ein solcher Fall zur Kenntniß der R. Regierung kam, stets die geeigneten Maßregeln ergriffen und in allen Fällen auch ein Entgegenkommen der höchsten russischen Behörden erfahren. Allerdings dauert der Weg immer etwas lange und wenn die Abhilfe kommt, ist das Unglück meist geschehen. Diese Dinge können nur durch Einzelbeschwerden verfolgt werden. — Das russische Reich wird einsehen müssen, daß es seinem Interesse entspricht, wenn es seine Grenzen mehr öffnet, als bisher. Durch solche Reden auf der Tribüne wird die Lage nur verschlimmert. Bei jeder Gelegenheit sich auf die Macht und das Ansehen zu berufen und eine gereizte Korrespondenz mit einer befreundeten Macht hervorzurufen, halte ich nicht für weise. — Es ist seit einiger Zeit ein besonderer Agent nach Rußland gesendet, der keine weitere Aufgabe hat, als einflußreiche Personen davon zu überzeugen, daß die preussische Grenzpolitik mehr den Interessen des Volkes entspricht, als die russische und jeden Faden anzuknüpfen, den er finden kann, um die Grenzverhältnisse so zu reguliren, wie sie den politischen Interessen zweier großer Nachbarstaaten entsprechen. (Bravo.)

Hiermit ist die Angelegenheit erledigt und man kommt zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung: Bericht der Budget-Kommission über den Antrag des Abg. Michaelis, betreffend die Verlegung des Etatsjahres auf die Periode vom 1. Juli des einen bis zum 30. Juni des anderen Jahres. — Die Kommission stellt folgenden Antrag: „Das Haus wolle beschließen: Die R. Staats-Regierung aufzufordern, den Etat für das Jahr 1868 spätestens zu Anfang Oktober c., in künftigen Jahren aber den Etat wenigstens vier Monate vor Anfang des Etatsjahres dem Abgeordnetenhaus vorzulegen.“ — Abgeordneter Freiherr v. Vincke (Hagen) und Genossen hat dazu den Abänderungs-Antrag gestellt: statt der Worte: „wenigstens 4 Monate“ zu setzen: „rechtzeitig.“ — Abg. Michaelis (Stettin) erklärt, daß er dem Kommissions-Antrage gegenüber seinen Antrag anreicht erhalte. (Schluß folgt im Abendblatte.)

Königsberg, 21. Januar. (Sp. 3.) Die Wahlbewegung für den no ddeutschen Reichstag beginnt jetzt auch in unserer Stadt festere Umrisse und einen lebhafteren Gang anzunehmen. Nachdem schon früher ein hauptsächlich aus Mitgliedern der konservativen Partei zusammengesetztes Comité den General Vogel von Falckenstein als Kandidaten aufgestellt hat, so hat nunmehr auch ein anderer Kreis von Männern, gebildet aus gemäßigten konservativen und einem Theile der ehemaligen Allliberalen, sich für dieselbe Wahl erklärt. Ihr Wahlaufruf vom 18. d. Mis. betont besonders, daß es bei den Beratungen des Reichstags überwiegend auf eine entschlossene Unterstützung der preussischen Regierung ankomme, und daß gegen die Erreichung des Gesamtzieles alle untergeordneten Bedenken zurücktreten müßten. Auch läßt sich noch für jeden, welcher die deutsche Bewegung seit 1848 verfolgt hat,

Table listing various bonds and stocks with columns for 'Dividende pro 1865' and prices.

Table titled 'Prioritäts-Obligationen' listing priority bonds and their values.

Table listing various bonds and stocks with columns for 'do. de.', 'IV.', and prices.

Table titled 'Russische Fonds' listing Russian bonds and their values.

Table titled 'Preussische Fonds' listing Prussian bonds and their values.

Table titled 'Wechselkurs' listing exchange rates for various currencies and locations.

Table titled 'Ausländische Fonds' listing foreign bonds and their values.

Table titled 'Bank- und Industrie-Papier' listing bank and industrial papers and their values.

Table titled 'Bank- und Industrie-Papier' listing bank and industrial papers and their values.

Table titled 'Gold- und Papiergeld' listing gold and paper money and their values.

Größerer oder geringerer Bedarf für's Leben giebt jeder Sache ihren bestimmten Werth; nach welchem Maßstabe will man aber den Werth desjenigen Stoffes ermitteln...

Die Hoffischen Malzheißfabrikate (das Malzextrakt-Gesundheitsbier, die Malz-Gesundheitschokolade, Brustmalz-Bonbons etc.) des Hoflieferanten Herrn Johann Hoff...

Mein 18jähriger Sohn bekam Ende d. 3. Husten mit Blutspucken, er nahm sichtlich an Kräften ab, und das kaum noch bezweifelte nahe bevorstehende Erlöschen seines Lebens...

Hoff'schen Malzfabrikate vielfach seinen Patienten verordnet, spricht sich über die letzteren folgendermaßen aus: „Der Malzextrakt und die Malzbonbons haben sich bei latharischen Brust- und Halskrankheiten vorzüglich bewährt...“

Von den weltberühmten patentirten und von Kaiserin und Königin anerkannten Hoff'schen Malzfabrikaten: Malz-Extrakt-Gesundheitsbier, Malz-Gesundheitschokolade, Brustmalz-Bonbons etc., halten stets Lager.

Matthaeus & Stein, Krautmarkt 11. Adolf Creutz, Breitestraße 60.

Familien-Nachrichten.

Geboren: Ein Sohn: Herrn Schiffsapitain Rothbart (Zingst). — Herr W. Hoff (Regelov). — Eine Tochter: Herrn M. R. Wolff (Anklam). Gestorben: Frau Dr. Meyer geb. Bernau (Stettin). — Portier der städt. Gasanstalt A. B. Brunn (74 J.) (Stettin). — Frau Wilhelmine Sievert geb. Köppen (32 J.) (Anklam). — Frau Emilie Burmeister geborne Wunder (33 J.) (Wolgast). — Wwe. Maria Krüger geb. Hachbuch (Straßund). — Präwver des St. Jürgen-Klosters S. Niemann (82 J.) (Straßund). — Fräul. Adolphine Prävner (18 J.) (Straßund). — Stellmachermeister. Heinrich Kahlenberg (40 J.) (Straßund).

Konkurs-Eröffnung.

Königl. Kreisgericht zu Stettin; Abtheilung für Civil-Prozesssachen, Stettin, den 17. Januar 1867, Nachmittags 1 Uhr. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Carl Ludwig Rudolph Köhl, in Firma Rudolph Köhl & Co. in Stettin, ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der

Tag der Zahlungs-Einstellung auf den 15. Dezember 1866 festgesetzt worden.

Wilhelm Starck zu Stettin befehlet. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf den 26. Januar 1867, Nachmittags 12 1/2 Uhr,

in unserm Gerichtslokale, Terminszimmer Nr. 13, vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath Heinsius, anberaumten Termin ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Befestellung eines anderen einseitigen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche an ihn etwas verschulden, wird aufgefordert, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitze der Gegenstände bis zum 18. Februar 1867 einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern.

Zugleich werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum 18. Februar 1867 einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Befestellung des definitiven Verwalters-Personals auf den 7. März 1867, Vormittags 10 Uhr,

in unserm Gerichtslokale, Terminszimmer Nr. 13, vor dem genannten Kommissar zu erscheinen. Nach Abhaltung dieses Termins wird geeignetenfalls mit der Verhandlung über den Afford verfahren werden. Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen. Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechts-Anwälte

Wfotenhauer, Masche und die Justizräthe v. De Witt, Dr. Zachariae, Haufschick, Müller zu Sachwaltern vorgezogen.

Bekanntmachung. In dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns Nathan Jacoby, in Firma Nathan Jacoby zu Stettin ist zur Verhandlung und Beschlußfassung über einen Afford Termin auf den 31. Januar 1867, Vormittags 10 Uhr,

in unserm Gerichtslokale, Terminszimmer Nr. 12, vor dem unterzeichneten Kommissar anberaumt worden. Die Beteiligten werden hiervon mit dem Bemerken in Kenntnig gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Konkursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekrecht, Pfandrecht oder anderes Abforderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlußfassung über den Afford berechtigt sind. Stettin, den 20. Januar 1867.

Königliches Kreisgericht; Der Kommissar des Konkurses. Weinreich, Kreisrichter.

Bekanntmachung.

Gemäß § 9 der Statuten machen wir hierdurch bekannt, daß der Vorstand unserer Gesellschaft nach den in der General-Versammlung vom 31. Oktober v. J. vorgenommenen Wahlen aus folgenden Mitgliedern besteht:

- 1. Stadt-Syndikus Giesbrecht, Vorsitzender, 2. Stadt-Arzt Eisermann, 3. Stadtrath Hempel, 4. Stadtbaurath Hobericht, 5. Stadtrath Hoppe, 6. Kaufmann Kreich, 7. Rechnungsrath Steinicke, 8. Dr. Wasserruh, 9. Kaufmann Wolfram. Stettin, den 24. Januar 1867.

Der Vorstand der gemeinnützigen Bau-Gesellschaft.

Der Rückzug der Franzosen aus Rußland im Winter 1812 vom General v. Pfucl.

Fünfhunderttausend, nach anderen Angaben sogar mehr als sechsmalshunderttausend Mann, welche der weltgeltende Kaiser der Franzosen aus allen Ländern Europa's, mit Ausnahme Englands und Rußlands, Schwedens und der Türkei, zusammengetrommelt hatte, führte Napoleon während des Monats Mai über die Weichsel und den Niemen. Bei diesem einer Völkerwanderung zu vergleichenden, Heere, da Frauen und Kinder in großer Anzahl mitzogen, zählte die Reiterei 175,000 Pferde; außerdem erforderte die Paracolonne von 4000 größeren und kleineren Wagen mit Borräthen und Handwerkergeräth, wobei das für Gärtnerei und Feldbau nebst Sämereien verschiedenster Art nicht fehlten, ferner 1200 Feldgeschütze nebst 3000 Munitionswagen eine Bespannung von 200,000 Pferden und Ochsen. Die letzteren waren bestimmt, zu gedoppeltm Dienste verwendet zu werden: sie sollten die Mundvorräthe für Menschen und Vieh nach den Magazine bringen und zugleich sich selbst als Schlachttrümpfer. Diese Berechnung schlug fehl. In dem aufgeweichten Lehmboden Polens verankerten diese, mit gespaltendem Huf von der Natur, von der Kunst der Hufschmiede nicht mit Beschlag ausgerüsteten, Thiere und blieben liegen. Es entstand hieraus der große Nachtheil, daß die Fourage zurückblieb und verloren ging, wodurch auch

die Reiterei große Verluste erlitt. Zu Tausenden gefallene Pferde und Ochsen bezeichneten im Juni bereits die Straßen des Heerzuges, Niemand trug Sorge für die Bestattung, die Luft ward hierdurch meilenweit verpestet.

In dem Hauptquartiere des Kaisers Alexander war großer Zwiespalt über die Art der Kriegsführung. Die altrussischen Generale bestanden darauf, dem Kaiser Napoleon, sobald er die Grenze „des heiligen Rußlands“ überschritten haben würde, eine große Entscheidungsschlacht zu liefern, wozu sie alle Vorbereitungen in dem, bei Drissa bezogenen, zum Theil befestigten Lager gemacht hatten. Eine zweite Partei, für deren Haupt der Kaiser galt, war für den, von dem preussischen General von dem Kneesebeck entworfenen, mit ihm persönlich besprochenen, Plan, nach welchem Napoleon durch Rückzug und Preisgeben der ersten und zweiten Verteidigungslinie tiefer und tiefer in das Land, welches ihm als Wüste überlassen wurde, gelockt werden sollte. Für diesen Plan war der Kaiser vornehmlich durch die in seiner nächsten Umgebung sich befindenden deutschen Officiere gewonnen worden, an deren Spitze der General v. Pfucl, ein geborner Württemberger, stand. Zur Beschwichigung der Gemüther in Petersburg, wo eine Palastempörung vorbereitet wurde, eilte Alexander nach der Hauptstadt und überließ es dem General Barclay de Tolly, entweder eine große Schlacht anzunehmen, oder den Rückzug anzutreten. Der Kaiser wagte es nicht, den General v. Pfucl, obgleich er ihn zu seinem General-Adjutanten ernannt hatte, nach Peters-

burg mitzunehmen, aus Besorgniß, ihn dort den größten Verlustigungen ausgesetzt zu sehen. — Auch Barclay, obgleich er die von Pfucl getroffenen Anordnungen ausführte, entfernte diesen aus seiner Umgebung und setzte ihn nicht einmal davon in Kenntniß, als er das Lager bei Drissa abbrach und den weiteren Rückzug antrat. Als unser Pfucl in Petersburg dem Kaiser vorgestellt wurde, hatte dieser großes Bedenken, ihn, so treffliche Empfehlungsbriefe er auch mitbrachte, in seine Dienste zu nehmen, da der Name „Pfucl“ ihn großen Insulten aussetzen würde. Der Kaiser ging auf den Vorschlag ein, daß unser Pfucl, um nicht mit Pfucl verwechselt zu werden, den Namen seines Familiengutes Tietzdorf annahm. Sein russisches Majors-Patent ist auf diesen Namen ausgestellt und er führte ihn bis zum Einmarsch mit Tettenborn's Corps in Berlin. — Auch Barclay wurde als ein geborner Liebling von der altrussischen Partei verdrängt und mußte den Oberbefehl an den fünfundsiebenzigjährigen General Kutujow abgeben. Dieser nahm die, von Napoleon ihm gebotene, Schlacht am 7. September bei dem Dorfe Borodino, an dem Flüßchen Moskwa gelegen, an, wurde geschlagen und zog sich nach dem fünf Tagemarsche entfernten Moskau zurück, welches nach dem Einzuge Napoleon's durch die Veranfassung des Grafen Rostopschin den Flammen überlassen wurde, welche den Kaiser und sein Heer — wie unser Pfucl sich einmal ausdrückte — „so ganz ohne Sang und Klang heimleuchteten.“

